

Region

Winterthur schafft Monopol für E-Scooter-Anbieter

Nur noch eine Sorte E-Trottis Ab 2026 können in Winterthur nur noch E-Scooter der Firma Voi geliehen werden. Anbieter Tier hat den Vertrag mit der Stadt verletzt und verliert ihn.

Patrick Gut

Ab Anfang 2026 bietet Voi als einziges Unternehmen E-Scooter in Winterthur an. Der Vertrag mit Konkurrent Tier wird auf Ende Jahr aufgelöst, wie die Stadt in einer Mitteilung vom Dienstag schreibt. Dies aus «betrieblichen Gründen». «Es kam leider zu Vertragsverletzungen durch Tier», sagt Marc Vetterli, Projektleiter beim Tiefbauamt Winterthur, auf Nachfrage. Mehr dürfe die Stadt aus rechtlichen Gründen nicht sagen.

Weniger E-Scooter, aber bessere Abdeckung

Voi und Tier hatten sich in der Ausschreibung 2023 unter sechs Bewerbern durchgesetzt. Seit her durften sie in Winterthur ihren Verleih mit je 300 E-Trottinetten und 50 E-Bikes anbieten. Mit Voi allein wird die Zahl der E-Scooter auf Stadtgebiet von 600 auf 450 reduziert. Dazu kommen 100 E-Bikes. Laut Vetterli sollte die Abdeckung trotz weniger Fahrzeugen sogar besser werden. «Ein einzelner Anbieter kann seine E-Scooter besser verteilen», sagt Vetterli.

Steigende Tarife müssen die Nutzerinnen und Nutzer laut Vetterli trotz des Monopols von Voi nicht befürchten. Die Stadt habe den Anbieter vertraglich dazu verpflichtet, die Preise gegenüber Märkten mit mehreren Anbietern nicht zu erhöhen. Gemäss Auskunft von Voi bleiben die Tarife auf dem bisherigen Niveau. Im Standardtarif bezahlen Nutzerinnen und Nutzer einen Franken Freischaltgebühr und dann 45 Rappen pro Minute.

Weitere Anpassungen werden folgen

Das Regime, das ab dem neuen Jahr gilt, hat ein Ablaufdatum. Der Vertrag mit Voi erlischt automatisch am 31. Dezember 2027, also nach zwei Jahren. Ein wichtiger Grund: Eine Umfrage des Forschungsinstituts GFS in Bern hat gezeigt, dass die Bevölkerung mit der aktuellen Situation bezüglich E-Scootern noch



Ab 2026 werden in Winterthur nur noch die roten E-Scooter von Voi anzutreffen sein. Archivfoto: Madeleine Schoder

nicht zufrieden ist. Eine deutliche Mehrheit von 60 Prozent der befragten Winterthurerinnen und Winterthurer beurteilte das Angebot von Verleih-E-Trottinetten als «eher nicht sinnvoll» oder «überhaupt nicht sinnvoll».

Falsch parkierte Scooter als Ärgernis

Als besonders störend nannten die Befragten falsch parkierte E-Scooter. Dies scheint die grosse Herausforderung bei den stationslosen Fahrzeugverleihsystemen zu sein.

Die Stadt Winterthur trägt der Kritik bereits ein Stück weit Rechnung. So müssen die Scooter-Fahrerinnen und -Fahrer rund um den Hauptbahnhof eine der fünf markierten Parkflächen nutzen, wenn sie den E-Scooter abstellen wollen. Lassen sie ihr Gefährt irgendwo stehen, läuft

die Miete weiter. Gleichzeitig sei es aufgrund der begrenzten Platzverhältnisse nicht einfach, für ein stationsbasiertes System zahlreiche neue Abstellstationen im gesamten Stadtgebiet zu schaffen. Erfahrungsgemäss seien solche Systeme im Betrieb teurer, und es seien Beiträge seitens der Stadt nötig. Zum Vergleich: Aktuell bezahlt Voi jährlich rund 100'000 Franken an die Stadt Winterthur.

Das städtische Tiefbauamt wird nun bis Ende 2026 eine Strategie für die Weiterentwicklung der Sharing-Angebote erarbeiten. 2027 wird eine neue Ausschreibung durchgeführt. Wie viele E-Scooter und E-Bikes der einst auf dem Gebiet der Stadt Winterthur verkehren werden, ist heute nicht klar.

Winterthur ist nicht die einzige Stadt, die das Angebot der E-Leihfahrzeuge anpasst. Eine

ähnliche Regelung mit fixen Parkplätzen setzt die Stadt Zürich ab 2026 in der Innenstadt um. In Zürich stehen aktuell rund 4500 Leih-E-Scooter zur Verfügung. Sie werden von etwa sieben Anbietern bereitgestellt. Zürich strebt allerdings eine Reduktion an.

Ähnliche Regelung in Zürich

Mitte 2023 hat Illnau-Effretikon seinen Pilotversuch mit insgesamt 60 E-Trottis von Voi gestartet. Die Stadt hat von Beginn an auf 13 definierte Parkzonen gesetzt. Vor einem Jahr hat der Stadtrat die Versuchsphase um zwei Jahre verlängert. Gleichzeitig wurde das Netz um weitere 13 Parkierstationen unter anderem in Illnau und den Ausenwachten Bisikon und Ottikon ergänzt. Wie rund um den Bahnhof Winterthur läuft auch

in Illnau-Effretikon der Zähler weiter, wenn man den geliehenen E-Scooter nicht in den Parkierstationen abstellt.

Ganz neu lancieren jetzt die beiden Zürichsee-Gemeinden Wädenswil und Richterswil einen E-Scooter-Verleih. In den Nachbargemeinden hat Anbieter Bolt den Zuschlag erhalten. An den Bahnhöfen und im Zentrum von Richterswil werden definierte Parkzonen geprüft. Auf dem übrigen Gebiet dürfen die E-Scooter dort abgestellt werden, wo es auch für Velos erlaubt ist.

Von kurzer Dauer war der Versuch mit je 125 E-Trottis von Voi und Lime in Wetzikon im Zürcher Oberland. Nach nur acht Monaten beendete der Stadtrat die Pilotphase Ende Februar 2023. Die Nachfrage war zu klein, und das Abstellen der E-Scooter auf Trottoirs sorgte regelmässig für Reklamationen.

Baumberger ist neuer Präsident des HEV Winterthur

Winterthur Die Generalversammlung des Hauseigentümergebietes (HEV) Region Winterthur hat am Montag Matthias Baumberger zum neuen Präsidenten gewählt. Zudem wurden SVP-Nationalrat Martin Hübscher und SVP-Kantonsrat Tobias Weidmann neu in den Vorstand gewählt, wie der HEV Region Winterthur mitteilt.

Matthias Baumberger ist seit 2013 Vorstandsmitglied beim HEV Winterthur, wie der Verband schreibt. Er amtet zudem als Vorstandsmitglied im HEV Kanton Zürich und als Präsident der Gruppe Wohn- und Grundeigentum des Winterthurer Stadtparlaments. Baumberger folgt als Präsident auf den nicht wieder angetretenen Martin Farner. Dieser war sechzehn Jahre im Vorstand des HEV Winterthur, acht Jahre amtierte er als Präsident. Die Generalversammlung ernannte ihn für «seine grossen Verdienste» zum Ehrenpräsidenten.

Der HEV Region Winterthur vertritt die Bezirke Winterthur, Andelfingen und Pfäffikon. Er ist gemäss eigenen Angaben die drittgrösste HEV-Sektion der Schweiz und zählt insgesamt rund 15'000 Mitglieder. (flu)

Schwimmbad nach Kurzschluss wieder offen

Aadorf Seit Dienstagnachmittag läuft der Betrieb im Freibad in Aadorf wieder rund. «Die Badi konnte um 13.30 Uhr wieder geöffnet werden», sagt Peter Ronner, Leiter Kultur, Freizeit und Sport, der für die Gemeinde auch den Bereich Freizeit leitet.

Vier Tage lang waren Becken, Sprungtürme und Liegeflächen leer geblieben. Das Freibad Heidelberg musste am letzten Freitagnachmittag kurzfristig geschlossen werden. Dies, nachdem ein Gerät ausgefallen war, das die Zufuhr von Frischwasser, die Ventile für das Chlor und selbst die Beleuchtung steuert.

Wegen der Schliessung mussten geschätzt über 5000 Personen auf Planschen, Baden und Schwimmen in Aadorf verzichten. Als Alternative stand unter anderem das Freibad in Stettfurt zur Verfügung. Dort erhielten die Inhaber von Aadorfer Saisonkarten gratis Zutritt. (dhe)

Städtische Angestellte erhalten drei Wochen Urlaub vor Geburtstermin

Familienpolitik in Winterthur Das Stadtparlament hat am Montag einen vorgeburtlichen Mutterschaftsurlaub beschlossen. Die SP spricht von einer «kleinen Revolution».

Schwangere in Winterthur sollen nicht mehr bis zum Geburtstermin arbeiten müssen. Das hat das Parlament für die Angestellten der Stadt Winterthur am Montag entschieden. Die Umsetzung der entsprechenden Motion wurde mit 33 zu 16 Stimmen von Mitte-links angenommen.

Städtische Angestellte können nun drei Wochen vor dem Geburtstermin Urlaub beantragen, einen sogenannten vorgeburtlichen Mutterschaftsurlaub. Dieser ist freiwillig und gilt zusätzlich zu den 16 Wochen Mutterschaftsurlaub nach der Geburt.

Auslöser war die Motion von SP, Grünen, EVP und GLP von

2022. Sie forderten eine Anpassung an die Realität: Die Geburt könne bis zu drei Wochen vor oder zwei Wochen nach dem errechneten Geburtstermin spontan beginnen. Zudem würden so oder so 70 Prozent der schwangeren Frauen mindestens zwei Wochen vor dem errechneten Geburtstermin krankgeschrieben, wie ein Bericht des Bundes zeige.

«Es ist eine kleine Revolution», sagte Marilena Gnesa (SP) im Parlament. «Die Erwartung, dass man bis zur Geburt arbeitet, ist klar realitätsfremd.» Das sei deshalb ein klares Zeichen für Gleichstellung. Der Motion stimmte auch der Stadt-

rat zu. Drei Argumente seien dem Stadtrat laut Stadtpräsident Michael Künzle (Mitte) besonders wichtig: die Planungssicherheit, sowohl für die Mütter wie für die Verwaltung. Der Gesundheitsaspekt – etwa weniger Stress vor der Geburt. Zudem löse man so das Stigma auf, sich als Schwangere krankgeschrieben zu lassen. Und drittens wolle man auch eine attraktive, zeitgemässe Arbeitgeberin sein und gesellschaftspolitisch als Vorbild vorangehen.

Samuel Kocher (GLP) fasste die Haltung der beratenden Kommission, die einstimmig dafür war, so zusammen: «Vie-

le werden drei Wochen vorher krankgeschrieben. Schwangerschaft ist keine Krankheit. Und die Kostenfolgen sind überschaubar.» Der Winterthurer Stadtrat rechnet mit «begrenzten Mehrkosten in der Grössenordnung von etwa 50'000 Franken pro Jahr». Das entspricht rund einem Prozent der Gesamtlohnsumme.

Städte gehen voran, Schweiz hinkt hinterher

Da Stand 2021 bereits viele Schwangere krankgeschrieben waren – und dabei mehr als die Hälfte länger als sechs Wochen vor der Geburt –, rechnet die

Stadt nicht mit grossen Zusatzkosten für Vertretungen.

In Städten wie Bern oder Luzern gilt diese Regelung bereits. Für die städtischen und kantonalen Angestellten in Zürich steht sie noch zur Debatte. Auf nationaler Ebene sind bisher alle Anläufe für eine Gesetzesänderung gescheitert. Vor zwei Jahren hat eine Mitte-rechts-Mehrheit im Nationalrat eine entsprechende Motion abgelehnt. Anders in umliegenden Ländern: In Deutschland etwa beträgt der vorgeburtliche Schwangerschaftsurlaub sechs Wochen, in Österreich acht.

Menoa Stauffer

Der Landbote

Der Landbote, Technoparkstrasse 5, 8401 Winterthur. Telefon Redaktion: 052 266 99 00. E-Mail Redaktion: redaktion@landbote.ch. Herausgeberin: Tamedia Publikationen Deutschschweiz AG, Technoparkstrasse 5, 8401 Winterthur. Verleger: Pietro Supino. Redaktionsleitung: Raphaela Birrer (rbi), Chefredaktorin. Matthias Chapman (cpm), stv. Chefredaktor. Ueli Kägi (ukä, Leitung Zürich), Andreas Kunz (aku), Nicole Döbeli (nid, Leiterin Region), Till Hirsekorn (hit, Leiter Stadredaktion). Redaktion: Helmut Dworschak (dwo), Patrick Gut (pag), Valérie Jost (vaj), Jonas Keller (jok), Zoé Richardet (ric), Annette Saloma (asa), Menoa Stauffer (moa), Almut Berger (alb), Jonas Gabrieli (gab), David Herter (dhe), Tanja Hudec (tac), Maja Reznicek (mre), Rafael Rohner (roh). Redaktionsassistentin: Heidrun Pischorn (ps). Fototeam: Beat Mathys, Leitung. Adrian Moser, Leitung. Aboservice: Für Fragen: contact.landbote.ch. Telefon 044 404 64 88. Abopreise: abo.landbote.ch. Druck: DZZ Druckzentrum Zürich AG. Inserate: Tamedia Advertising AG, Leitung: Philipp Mankowski. Tel. 044 248 40 30. E-Mail: inserate@landbote.ch.

Bekanntgabe von namhaften Beteiligungen der Tamedia Publikationen Deutschschweiz AG i.S.v. Art. 322 StGB: LZ Linth Zeitung AG.

Ein Angebot von Tamedia